

Kulturen politischer Partizipation

Hermeneutische und historische Perspektiven

Hans J. Lietzmann

Die »politische Kulturforschung« hat in der deutschen Politikwissenschaft traditionell einen schweren Stand. Sie verfolgt ihre Ziele und Anliegen jenseits des main-streams des Faches. Die Auseinandersetzung mit den Motiven, den Gefühlen, den Inszenierungen, den Bildern und den Kommunikationen, die den politischen Institutionen zugrunde liegen und die sie im politischen Alltag befeuern, führt in der Diskussion über die Analyse des politischen Geschehens eine randständige Existenz. Im Fokus stehen stattdessen vordringlich die institutionellen und strukturellen Aspekte des politischen Systems sowie die normativen und programmatischen Analysen politischer Vorhaben und Akteurinnen und Akteure. Im Kontext der traditionellen Differenzierung zwischen *polity*, *policy* und *politics* stehen die strukturellen *Polities* und die programmatischen *Policies* im Vordergrund. Die Analyse der politischen Dynamik und ihrer Triebkräfte, ihrer kulturellen und emotionalen Motivationen oder Befindlichkeiten – also der *Politics* – treten in den Hintergrund.

Dieses Ungleichgewicht der Perspektiven betrifft auch in besonderer Weise die Auseinandersetzung mit den Formen politischer Partizipation. Auch hier sind die strategischen Instrumente und die systematischen Institutionen sowie auch ihr Wandel im Wechsel der politischen Epochen breit untersucht. Hingegen bleiben die Beweggründe, die zu den jeweiligen Veränderungen, Erweiterungen und Ergänzungen geführt haben, erkennbar unterbelichtet. So bekommt der strukturelle Wandel den Anschein eines fast naturwüchsigen, aus sich selbst heraus bestärkten Wachstumsprozesses. Die Gesellschaften und die Menschen, die sich in ihnen bewegen und als Zuschauer, Begleiter und Rezipienten das politische Geschehen erleben und kommentieren, scheinen sich in den Institutionen kaum abzubilden. Das politische System scheint gegenüber den Alltags- und Lebensprozessen eine weitgehend abgekapselte Existenz zu führen. Dieses Eigenleben des politischen Systems scheint sich fast ausschließlich aufgrund von Regierungserfordernissen oder von Strategien der politischen Eliten fortzubilden und zu wandeln. Die jeweilige Form der politischen Repräsentation oder Partizipation erhält den Charakter eines aus sich selbst heraus erweiternden und vervollständigenden Ereignisses. Politische Kontingenzen, historische Wahrnehmungsmuster und Konventio-

nen, gesellschaftliche Verschiebungen und machtpolitische Einschränkungen oder Erweiterungen der Beteiligung an der politischen Gemeinschaftsbildung werden aus der Erörterung ausgespart.

Die Kultur der politischen Gesellschaft

Dieser Befund ist angesichts der zentralen Wichtigkeit und auch der zunehmenden Relevanz politisch-kultureller Prägungen in den pluralen und heterogenen Gesellschaften der Gegenwart irritierend und befremdlich; doch diese eindimensionale und eingeschränkte Sicht der politischen Analyse hat systematische Gründe. Sie liegen der Gesamtorientierung der Politikwissenschaft – und besonders in Deutschland – zugrunde. Denn diese unterscheidet sich beispielsweise noch einmal grundsätzlich von anderen, z.B. den romanischen Politikwissenschaften Frankreichs oder Italiens, die bereits im Begriff von diversen, unterscheidbaren Politikwissenschaft^{en} ausgehen (Le scienze politiche: Comparato u.a. 2011; Nucci 2011. Les sciences politiques: Grunberg 2011; Jobard/Laborier 2002). Diese unterscheiden damit wenigstens in ihrem Gesamtaufbau eine mehr regierungssystemische Orientierung von einer ganz anderen, nämlich mehr gesellschaftlichen Orientierung, eine mehr institutionell-systematische von einer eher sozialwissenschaftlichen Orientierung. In der deutschen Politikwissenschaft bildete sich hingegen über lange Jahre allein eine deutlich regierungszentrierte und entsoziologisierte Sichtweise auf politische Prozesse heraus; dort, wo sie – etwa ab den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts – die Gesellschaft in den Blick nimmt, erfolgt dies vorwiegend unter einer empirisch-phänomenologischen Perspektive. In ihr werden in großer methodischer Genauigkeit Erhebungen der politischen Realgeschehen erhoben, die über die empirische Registrierung des (sich wandelnden) Status quo allerdings nur selten hinausblicken. Eine theoriegeleitete Perspektive auf diese Realphänomene deutscher Politik fehlt in den meisten Fällen und wird auch kaum vermisst. Dieser Verzicht auf eine gesellschaftliche Perspektive unterschlägt aber einen entscheidenden Aspekt der politischen Dynamik. Die sich immer mehr herausbildende »politische Gesellschaft« nimmt wesentlichen Einfluss auf politische Strukturen und Entscheidungen. Diese bleiben aber mit der alleinigen Konzentration auf die »positiven«, rechtlich fixierten oder formal errichteten Institutionen außer Betracht. Deren praktische, gesellschaftliche Existenz – ihr Vollzug in der politischen Gesellschaft – bleibt neben ihrer formalen Existenz unterkomplex. So dominiert auch weiterhin das Bemühen, die Institutionen auch der »politischen Gesellschaft« (Castoriadis 1990; Greven 1999; Lietzmann 2012; Hildebrand 2001) allein aus ihrem institutionellen Setting, quasi »aus sich selbst heraus« und ohne ihren gesellschaftlichen Unterbau zu interpretieren. Die Institutionengeschichte wird dadurch zu einer blutleeren, gegenüber der praktischen gesellschaftlichen

Politik abstrakten »Naturgeschichte«. Sie verliert ihre lebendigen Beweggründe, ihre praktische Grundlage im Leben und im Vollzug der »politischen Gesellschaft« selbst.

Für die verschärfte Situation der Politikwissenschaft in Deutschland hat dies seine Ursache in einer annähernd einhundertjährigen Unterdrückung und Auslöschung politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre zwischen der Mitte des 19. und des 20. Jahrhunderts (Lietzmann 1996; 2002; 2011); bekanntlich wurden die letzten Vertreter der »Lehre von der Politik« Mitte des 19. Jahrhunderts von ihren Lehrstühlen vertrieben und in die Emigration getrieben (Bleek 2001). In einer Epoche der europäischen soziologischen Orientierung auf Motive und Kulturen gesellschaftlicher Entwicklungen, massenemotionaler und individueller Gefühlslagen stand so die deutsche politikwissenschaftliche Forschung ganz im Schatten einerseits der Soziologie (Simmel, Tönnies, Kracauer, Max und Alfred Weber u.a.), der Psychologie (Freud, De Man, Reich, Bettelheim) sowie andererseits der juristisch orientierten Staatsrechtslehre (Kelsen, Schmitt, Heller, ForsthoFF, Neumann, Kirchheimer e tutti quanti). Die Staatsrechtslehre mit ihrer legalistisch-herrschaftsorientierten Perspektive verdrängte in dieser Phase die soziologischen und gesellschaftsbezogenen Ansätze fast gänzlich aus der politikorientierten Forschung; ein Verdrängungsprozess, der dauerhafte Desorientierung in der Politikwissenschaft in Deutschland auch nach ihrer Wiederbegründung in der Folge des 2. Weltkrieges nach sich zog (Lietzmann 2011).

Das, was sich hier in der deutschen Politikwissenschaft so klar auch institutionell voneinander schied, blieb allerdings auch insgesamt in der Politikwissenschaft weitgehend ausgeklammert. Pierre Rosanvallon hat dies erst kürzlich wieder in einer fulminanten Studie über die Ausklammerung der »unsichtbaren Institutionen«, d.h. der bestimmenden gesellschaftlich-politischen »Haltungen« und der »gegendemokratischen« Strategien, aus der Tradition der politischen Theorie und Reflexion aufgezeigt (Rosanvallon 2017). Diese unsichtbaren Institutionen funktionieren wie ein imaginäres Schattenbild des politischen Systems auf der Oberfläche der Gesellschaft; sie sind der imaginäre Ausdruck der politischen Gesamtordnung im Wahrnehmungshorizont der politischen Gesellschaft. Sie sind aber nicht bloß »Abbild« der Formalstruktur und des Regierungshandelns, sondern sie entwickeln eine eigene Strahlkraft und Wirkung, ohne die die Regierungsstruktur, die jeweilige Form der Gewaltenteilung und Repräsentation, überhaupt nicht zustande käme oder sich erhielte. Letztlich sind die rechtlichen oder formalen politischen Institutionen nur existent und wirksam, weil die unsichtbaren Institutionen sie existent und wirksam sein lassen; und sie sind existent und wirksam auch nur so lange und in dem Maße, wie sie über die Unterstützung der unsichtbaren Institutionen, ihr symbolisches Kapital, verfügen. Im politikwissenschaftlichen Diskurs aber bleibt diese Parallelwelt zur formalen Struktur der Gewaltenteilung und Repräsentation ausgespart. Diese unsichtbare, aber unabdingbare Existenzvoraussetzung der

politischen Ordnung wird nicht nur *nicht* thematisiert, sondern sie wird auf erstaunliche Weise regelrecht *de*-thematisiert. Dass sich die politischen Gesellschaften jeweils »ihre« politischen Ordnungen und Regelwerke erschaffen und einzig durch ihre Zustimmung am Leben halten, findet nur rudimentär Beachtung; der Wesensgehalt dieser kognitiven, emotionalen und imaginären Dimension nicht nur der Gesellschaft, sondern eben auch substantiell des politischen Systems, wird strukturell aus dem Blick genommen. Es mag dahingestellt sein, ob (wie Rosanvalon annimmt) die politikwissenschaftlichen Autorinnen und Autoren dabei »eine bestimmte Dimension oder Form von Demokratie bewusst ignorieren oder kaschieren wollen, um sich mit bequemer Theorien [...] oder simplifizierenden Beschwörungen [...] zufrieden« geben zu können (ebd.: 135); fest steht, dass es sich um eine signifikante Ignoranz und auch um ein signifikantes Außer-Acht-Lassen einer entscheidenden Dimension politischer Prozesse handelt. Denn das tiefgreifende Erleben der politischen Prozesse durch die Gesellschaft, deren Amalgamierung mit den Erfahrungen, die reale Verarbeitung von Chancen und Risiken der politischen Existenz im Rahmen der gesellschaftlichen Routinen, die Beurteilung der subjektiven Führungsqualität der Regierungen, der Angemessenheit der politischen Institutionen gegenüber den eigenen Erwartungen, aber auch der objektiven Gestaltungshemmnisse, die sich den politischen Eliten in den Weg stellen, kurz: Der gesellschaftliche Verarbeitungsprozess des politischen Alltags im Erleben der politischen Gesellschaft bleibt in der politischen Analyse über weite Strecken außer Betracht.

Die Politische Kultur in der politischen Gesellschaft

Diese gesellschaftliche Wahrnehmung des Politischen analytisch einzufordern und sie angesichts einer zunehmenden Pluralisierung der Gesellschaften auch einer differenzierten Analyse zuzuführen, ist einer der Hauptantriebe der politischen Kulturforschung. Tatsächlich handelt es sich ja bei den emotionalen, mentalen, regionalen, ethnischen Wahrnehmungsmustern und den Habitus gegenüber den jeweiligen politischen Institutionen um die tragende Kraft der jeweiligen politischen Gesellschaften (Rohe 1987; 1990). Die lebenspraktischen Erwartungen gegenüber dem politischen System und die geronnenen Erfahrungen mit dem Regierungssystem und seiner Praxis bestimmen zugleich auch die politische Handlungsstruktur, die Absichten und die Möglichkeiten der Regierenden. Keine politische Elite kann in den politischen Gesellschaften der Gegenwart gegen die Erwartungshaltung der Bevölkerung erfolgreich sein. Keine politische Elite und keine politische Institution kann sich unabhängig machen von der Gesellschaft und sich in einem gesellschaftlichen Vakuum selbst gestalten.

Schon in dem Konzept von Karl Rohe (1990) wird zwischen der »Deutungskultur« und der verfestigten »Soziokultur« unterschieden. Und bereits Rohe stellte fest, dass er mit seinem (gesellschaftlich orientierten) Verständnis der politischen Kultur in den 1980er Jahren politikwissenschaftliches Neuland betrat. Mir scheint es nun darüber hinaus wichtig, noch einmal die »Deutungskultur« auch als eine von den politischen Eliten gestaltete und von deren eigenen regierungspraktischen und handlungsoportunen Gesichtspunkten angeleitete kulturalistische Praxis zu sehen. Deutungskultur in diesem Sinne ist dann (auch) ein Rezeptionsangebot an die politische Gesellschaft; diese erfolgt in strategischer Absicht, wenngleich nicht immer im vollen Bewusstsein ihrer Eigenarten und Spezifitäten. Sie bewegt sich im Rahmen der gesellschaftlichen Kommunikation und bietet Handlungsmuster und Handlungsverständnisse für den politischen Prozess an. Sie kann sich hingegen nicht gewiss sein, mit diesem Angebot politisch zu reüssieren. Ob die politische Gesellschaft das Angebot akzeptiert und die Deutungskultur zu einer tragfähigen Soziokultur werden lässt, ist kontingent. Die politischen Eliten hantieren mit einem »symbolischen Kapital«; sie bemühen sich, ihre Absichten und ihr Handeln gegenüber der politischen Gesellschaft plausibel und nachvollziehbar zu machen. Sie werben um Gefolgschaft und Akzeptanz. Sie arbeiten an und bemühen sich um Reputation in ihren Handlungen. Und sie bestätigen ganz und gar die Webersche These, dass diese Reputation, diese politische Macht und der politische Machtgebrauch lediglich »die Chance«, nicht die Gewissheit der gesellschaftlichen Gefolgschaft bedeute (Weber 1922: 122). Es prägt vielmehr die modernen Gesellschaften, dass die Regierungspraxis und die Alltagspraxis der politischen Gesellschaft miteinander ein Amalgam eingehen. Wie dieses Amalgam sich gestaltet und was es beinhaltet, ist eine in jeder Epoche offene Frage. Sein Inhalt ist kontingent, sein Bestand in hohem Maße prekär (Palonen 1998).

Gleichzeitig ist es so, dass die jeweilige Wahrnehmung von Politik und die gesellschaftlich bestimmenden Vorstellungen politischer Gestaltung – die »unsichtbaren Institutionen« (Rosanvallon) – nicht nur die Praxis der politischen Eliten und der Akteurinnen und Akteure der Regierungen bestimmen. Sondern es sind gerade diese wandlungsfähigen kulturellen Dispositionen und symbolischen Präferenzen der politischen Gesellschaft, die die formalen, also die »sichtbaren«, Institutionen in ihrer Praxis nachhaltig gestalten. Erst die politisch-kulturelle »Software« bestimmt die tatsächliche Reichweite der juristischen Kompetenzen und die Handlungsmöglichkeiten der politischen Institutionen. Sei es, dass die institutionellen Akteurinnen und Akteure ihr Handeln auf die Präferenzen der politischen Gesellschaft ausrichten, sei es, dass durch Interventionen von Gerichten, Aufsichtsbehörden oder zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren die Handlungsweisen und Handlungsformen der Institutionen umgebildet und an den neuen politisch-kulturellen Standard angepasst werden. Es handelt sich um »öffentliche Narrative« der gesellschaftlichen Kommunikation, die diesen Einfluss ausüben; aber

auch um »strategische Narrative« politischer Akteurinnen und Akteure, die sich im Feld der öffentlichen Kommunikation um Durchsetzung bemühen (Roselle et al. 2014). Es ist ein kontinuierlicher, kaum einmal bruchartiger, sondern eher sukzessiver Prozess der gegenseitigen Angleichung und Adaption. »Sichtbare« und »unsichtbare« Institutionen befruchten und beeinflussen sich dabei gegenseitig und gestalten gemeinsam die politische Dynamik der politischen Gesellschaft.

Das, um was es bei dieser Adaption geht, beschreibt die – notabene individualistische – Darstellung der französischen Schriftstellerin Annie Ernaux über ihre Form der Darstellung gesellschaftlicher Ereignisse:

»Es geht nicht darum, *mein* Leben zu beschreiben, sondern das, was durch mich hindurch gegangen ist. Ich gehe also von mir aus, schreibe aber vor allem außerhalb von mir. Ich bin nur ein Durchgangsort«. Und ich habe die »ehrgeizige Absicht«, an diesem Durchgangsort »die Dinge zu erfassen, die das Leben im Allgemeinen betreffen, so wie es jedem gegeben ist zwischen seiner Geburt und seinem Tod« (Ernaux, zit.n. Vormweg 2018: 3).

Gesellschaftlich gesprochen geht es darum, die »unsichtbaren Institutionen« der politischen Kultur darin zu identifizieren, worin sich eine Gesellschaft als ihrer selbst sichtbar und gewiss wird – dort, wo sich die Intentionen und die Selbstwahrnehmung mit den äußeren politischen Institutionen verbinden und sich gegenseitig befruchten. Dieser Prozess der zunehmenden Sichtbarkeit und Lesbarkeit der Gesellschaft in den politischen Institutionen und damit die »Produktion einer lesbaren Welt« (Rosanvallon 2017: 278) machen den Kern dessen aus, wie sich die politische Gesellschaft in die Gestaltung der positiven, äußeren, sichtbaren Institutionen »einmischt«. Es handelt sich um eine grundlegend »kognitive Dimension der Politik« (ebd.), in dem Sinne, dass sie ein Gemeinwesen dadurch erzeugt, dass sie diesem dabei hilft, sich selbst und vor seinen eigenen Augen darzustellen.

Partizipation und Demokratie in der politischen Gesellschaft

Die politische Gesellschaft der Gegenwart entwickelt in ihrem Selbstverständnis immer weitergehende Ansprüche an die Wiedererkennbarkeit ihrer selbst in den politischen Institutionen. Die kulturelle Lesbarkeit des politischen Systems soll in immer größerem Maße eine unmittelbare Abbildung des eigenen, subjektiven Habitus und der eigenen subjektiven Befindlichkeit erkennen lassen. Im Gegensatz zu früheren Gesellschaften, die eine gewisse (unterschiedlich große) Unterwerfungsbereitschaft und eine Stellvertretung der eigenen Interessen erlaubten, werden in der Gegenwart der politischen Gesellschaft die Handlungsformen einer elitären, oligarchischen und traditionell repräsentativen Wahrnehmung politischer Interessen skeptisch gesehen. Bewegungen des Populismus, aber auch die empirisch

feststellbare allgemeine Skepsis gegenüber den Parteien und ihrem über lange Zeit fraglosen Vertretungsanspruch in politischen Fragen sind hier deutliche Fingerzeige.

Dieser Wandel in den Erwartungen und die mit ihm verbundene Radikalisierung der Wiedererkennbarkeit der Gesellschaft in den politischen Institutionen weist auf einen wesentlichen Wandel der politischen Vertretungskultur hin. Er geht einher mit deutlich veränderten Erwartungen der Gesellschaft an die politische Partizipation. Zunächst mit einer ausgeprägten Distanz zu den hergebrachten Formen politischer Partizipation: Den traditionellen Repräsentanten misstrauen die Bürger kulturell, die »Chemie« gegenüber den repräsentativen Institutionen verändert sich deutlich zum Negativen. Die Bürgerschaft sieht sich durch sie zunehmend weniger vertreten, d.h. sie erkennen sich in ihnen nicht wieder und sie anerkennen sie nicht als kompetente und adäquate Vertreter ihrer Interessen. Weder der Bundestag (46 Prozent) noch die Bundesregierung (43 Prozent) erreicht in letzten Umfragen das Vertrauen wenigstens der Hälfte der Befragten, geschweige denn das EU-Parlament (28 Prozent). Das geringste Vertrauen gilt schließlich den politischen Parteien (22 Prozent). Lediglich die ortsnahen, kommunalen Stadträte (die ja formal nicht einmal Parlamente sind) erreichen eine wenigstens noch 57-prozentige Zustimmung der politischen Gesellschaft in Deutschland (alle Werte: Bertelsmann 2014). Jugendliche bekennen sich zwar zunehmend und auf breiter Basis zu den Ansprüchen und Werten der Demokratie – wie die neueste Shell-Studie erweist (Albert et al. 2015) – doch stimmen knapp 70 Prozent der Aussage zu, dass sich die von ihnen gewählten »Politiker [...] nicht darum [kümmerten], was Leute wie [sie selbst] denken« (ebd.). Sie fühlen sich also von der Praxis der repräsentativen Demokratie nicht beachtet, können sich in ihr kulturell nicht aufgehoben finden und wiedererkennen.

Von der Gesamtbürgerschaft der politischen Gesellschaft gehen drei Viertel der Menschen davon aus, auf die gegenwärtige Politik keinerlei Einfluss nehmen zu können (infratest dimap 2013); gleichwohl äußern ebenso viele Menschen den Wunsch, selbst Einfluss nehmen zu wollen. Die kulturelle Wende, die sich darin erkennen lässt, betrifft nun eher nicht die Politikerinnen und Politiker, die politischen Institutionen und die politischen Entscheidungen. Denn es ist ja nicht etwa so, dass in vergangenen Epochen und unter Bedingungen einer hohen kulturellen Zustimmung zu dem traditionell repräsentativen Modell die Bürgerschaft einen intensiveren Einblick in die politischen Abläufe oder eine größere Nähe zu den politischen Eliten gehabt hätte. Das, was sich hingegen deutlich verschoben hat, ist der Blick auf die eigene Kompetenz und auch auf die eigene Bereitschaft und Fähigkeit, die Richtigkeit politischer Entscheidungen und politischen Handelns selbst zu bestimmen; die empirische Abfrage erweist eine hohe Selbstzuschreibung von Kompetenz und politischem Beurteilungsvermögen der politischen Gesellschaft: Die Menschen fühlen sich im Stande und sind bereit, die politischen Entscheidun-

gen weitgehend selbst vorzunehmen (Lietzmann 2012; Bertelsmann Stiftung 2014: 49, 56).

Hier hat sich eine deutliche Neuausrichtung der kulturellen Erwartungen an den politischen Prozess, die Politikerinnen und Politiker und die politischen Institutionen ergeben. Die politische Gesellschaft »liest« den Bereich der Politik auf ganz neue Art und Weise. Sie »konstruiert« sich ihre Vorstellung von Politik ganz neu. Sie stellt neue Ansprüche und verweigert den traditionellen »Konstruktionen« politischer Repräsentation und Partizipation in Deutschland kulturell und habituell die Gefolgschaft.

Bedeutsam ist zugleich, dass dieser Vertrauensverlust in die Repräsentativität der politischen Institutionen – wie eine große Parlamentarier-Befragung der letzten Jahre zeigt (Alemann et al. 2011) – nicht einseitig nur auf der Seite der Regierten zu finden ist. Auch die Repräsentanten selbst operieren zunehmend skeptisch in der dünnen Luft der politischen Institutionen; sie können den Anspruch des politischen Systems, das in ihnen die personale Vertretung der politischen Gesellschaft als Ganzer sieht, nicht nur vor der Bürgerschaft, sondern auch vor sich selbst kaum mehr glaubhaft aufrecht erhalten. Hinzu kommt, dass auch sie selbst ihre sachliche Vertretungsmacht als weitgehend unwirksam erachten: So glauben auch die Parlamentsabgeordneten in Bund, Ländern und Kommunen nur in einem verschwindend geringen Maße, auf den Kerninhalt der politischen Entscheidungen, über die sie abstimmen sollen, wahrhaft Einfluss nehmen zu können.

In den kommunalen politischen Arenen zeigt sich zudem, dass auch die kommunalen Repräsentanten und Verwaltungseliten in einem hohen Maße bereit sind, die urbanen und regionalen Gesellschaften verstärkt in die deliberative Aushandlung und die partizipative, gemeinsame Entscheidung von Planungsentscheidungen mit einzubeziehen (Bertelsmann Stiftung 2014: 63). So scheint es in der politischen Gesellschaft der Gegenwart einen aufwachsenden Konsens darüber zu geben, dass sich ein neues Verständnis von Repräsentation und Partizipation den Weg bahnt. Konsensuale, weniger hierarchische Entscheidungs- und Aushandlungsformen treten ergänzend zu den bisherigen Verfahrensformen und – darum geht es hier im Verständnis der politischen Handlungs- und Verwaltungskultur – werden als praktikable und angemessene Formen des politischen Gesamtsystems und als eine neue Form der Lesbarkeit und der Selbstwirksamkeit der politischen Gesellschaft in die politische Kultur integriert.

Das hat reale Hintergründe in den Entmachtungsprozessen, die mit der politischen Europäisierung und der Vernetzung globaler Entscheidungsstrukturen zu tun haben. Die Gleichzeitigkeit dieses politisch-kulturellen Wandels sowohl in der Bürgerschaft als auch in den politischen Handlungseliten deutet aber zugleich darauf hin, dass der Sinneswandel und die politisch-kulturelle Neuorientierung einen gesamtgesellschaftlichen Charakter angenommen haben. Die Neuorientierung der politischen Kultur, die sich hier zeigt, ist keine Frage von tagespolitischer oder be-

fristeter Herrschaft und Opposition; sondern es kommt zu einer Neuorientierung über die Gesamtheit der politischen Organisation, zu einer politisch-kulturellen Neudefinition von Regierung und Partizipation.

Die Theorie einer politischen Kultur der Partizipation

In den kulturellen und symbolischen Formen, in denen Gesellschaften sich die ihnen gemäße Gestaltung der politischen Entscheidungen organisieren, erweist sich das Selbstbild, das sie von sich selbst als Gemeinschaft entwerfen. Selbst der Verzicht auf die Ausgestaltung eines politischen Entscheidungssystems, wie wir es für familiäre Nomadenvölker weitgehend unterstellen, erweist sich als eine signifikante Lesart des Gemeinschaftsverständnisses; es zeigt den Verzicht auf politische Gestaltung. Seit jeher wird daher die Debatte um die Formen der politischen Partizipation und der Repräsentation als eine zentrale Fragestellung der Politikwissenschaft und der politischen Theorie behandelt. Denn Partizipation und Repräsentation bezeichnen und konfigurieren die Nahtstelle zwischen den einzelnen Mitgliedern oder Gruppen einer Gemeinschaft einerseits und andererseits dem gemeinschaftlichen Verbund mit seinen mal mehr, mal weniger dominanten Aufgaben. Es geht um Autonomie, geteilte Wertorientierungen, Handlungsmacht, Weltbetrachtung und die Vorstellungen gemeinschaftlicher Verbundenheit. Die kulturelle Differenz, die sich in all diesen Fragen feststellen lässt, weist hin auf die epochalen und gesellschaftlichen Unterschiede in Fragen der Akzeptanz und der Organisation von Herrschaft. Es ist dies die Frage nach der Selbstwirksamkeit und dem Selbstbild von politischen Gesellschaften, nach der Reputation von Handlungspartnern und dem Legitimationsglauben an Formen der Aufgaben- und Arbeitsteilung.

Stilbildend ist daher die Aussage des ebenso konservativen wie klugen Politikwissenschaftlers Eric Voegelin, dass in der Frage der politischen Repräsentation und der Partizipation die unterschiedlichsten Stränge der politischen Praxis zusammenlaufen. Im amerikanischen Exil der 1950er Jahre stellt dieser deutsch-österreichische Theoretiker auf, wie »eine Gesellschaft« in dieser Debatte um die Organisation des politischen Miteinanders ganz grundlegend ihre politische und symbolische Form, vor allem aber die substantielle »Existenz für ihr Handeln gewinnt« (Voegelin 1952: 19). Das, was hier in der traditionellen Redeweise Voegelins als »Existenz« benannt ist, meint ausdrücklich den Gegenstand, den wir späterhin als »politische Kultur« und als »symbolisches Kapital« diskutieren. Voegelin weist nach, dass sich in der politischen Partizipation die je spezifische Grundform der Selbstinterpretation einer Gesellschaft als ein »politischer« Handlungszusammenhang manifestiert.

Gesellschaften konstituieren und symbolisieren sich in besonderer Weise darin, wie sich in ihnen die Teilhabe an der politischen Herrschaft organisiert, dar-

stellt und wahrgenommen wird. Zwar wird die historisch reale Teilhabe erst in der konkreten Gestalt, in der sie institutionell realisiert wird, erfahrbar; aber hinter den Institutionen stehen eine symbolische Ordnung und ein kulturelles Selbstbild der politischen Gesellschaft. Dieses ist für die jeweiligen Gesellschaften sehr spezifisch; und es unterliegt einem ebenso gesellschaftsspezifischen konzeptionellen Wandel. Die politische Gesellschaft »artikuliert« in den Formen ihrer politischen Teilhabe und Partizipation ihr politisch-symbolisches Selbstverständnis (Voegelin 1952: 78); man kann mit Voegelin deshalb auch normativ sagen: Gesellschaften beginnen überhaupt erst (wahrhaftig) zu existieren, wenn und insoweit sie dieses symbolische Selbstbild artikulieren. Wird die Artikulation dieses Selbstbildes verunmöglicht, so sind sie substantiell nicht existent, ihrer selbst entfremdet und sich selbst fremd. Die ihnen gemäße technische Form der Partizipation ist der symbolische Kernbereich oder – vice versa – der Kern der symbolischen Gestalt ihrer politischen Sozio-Kultur. In ihm werden sie für sich selbst und andere existentiell sichtbar und lesbar (vgl. auch Göhler 2016: 26).

Mit großer zeitlicher und auch lebensweltlicher Distanz finden wir ähnliche Erkenntnisse bei Cornelius Castoriadis, dem griechischstämmigen französischen Soziologen in den 1970er Jahren. Auch Castoriadis fragt nach dem Zusammenhang zwischen den institutionellen Formen der politischen Gesellschaft und den ihnen zugrunde liegenden kulturellen und emotionalen Dispositionen und Wahrnehmungen. Wie entstehen – so fragt Castoriadis – Vorstellungen einer Gesellschaft von sich selbst? Wie manifestieren sie sich in der technisch institutionellen Realität? Und wie lassen sich der Zusammenhang und das Wechselspiel zwischen den politisch-kulturellen Erwartungen und der institutionellen Realisierung beschreiben?

Für Castoriadis steht im Zentrum die »*capacité imaginaire*« (Castoriadis 1975: 218); so bezeichnet er die Fähigkeit einer Gesellschaft, eine technisch-institutionelle Realität – z.B. die Institutionen der Repräsentation – unter dem Vorzeichen einer spezifischen Interpretation und Sichtweise zu betrachten. Den Institutionen werden quasi die Vorstellungen, die eine politische Gesellschaft sich von sich selbst und ihrer spezifischen Repräsentationspraxis macht, zugeschrieben; die Gesellschaft eignet sich die Institutionen damit symbolisch an. Die politische Gesellschaft verschafft sich so die »sinnliche Wahrnehmbarkeit« (Castoriadis) oder die »Artikulation« (Voegelin) ihres politischen Selbstverständnisses. In den *imaginär* definierten Institutionen »drückt sich« die Wirklichkeit der politischen Gesellschaft *kulturell real* »aus« (Castoriadis 1984: 218); in den konzeptionellen Formen der Repräsentation gewinnt die jeweilige historische politische Praxis eine symbolische Gestalt, die »nicht mehr bloß virtuell« erscheint (Castoriadis 1975: 218).

Wenn dann von Repräsentation oder Partizipation die Rede ist, so geschieht das immer im Kollektiv geteilten Sinn dieser symbolischen Lesart. Was gemeint ist, wird »automatisch« richtig, d.h. politisch korrekt, verstanden. Für die politi-

sche Gesellschaft wird politische Repräsentation und Partizipation nur in dieser Lesart sichtbar; sie ist – nur in Form dieser symbolischen Imagination – Teil ihrer politischen Kultur. Insofern liegt in der Repräsentation ein keineswegs festgelegtes, sondern ein sehr dynamisches und wandlungsfähiges Konzept. Es ist an die »gesellschaftliche Imagination« gebunden. Und es simuliert quasi einen Raum gesellschaftlicher Partizipation, der mit den imaginären Vorstellungen der Gesellschaft kompatibel sein muss (Nassehi 2002: 46). Wird die institutionelle Form der Partizipation symbolisch erlebt, so wird sie erst dadurch praktisch realisierbar. Es ist dies allerdings ein höchst wechsellvoller, äußerst prekärer und dynamischer Prozess gesellschaftlich-kultureller Anerkennung. Und dieser Erfolg ist politisch nicht selbstverständlich, nicht dauerhaft, sondern kontingent.

Der Erfolg politischer Institutionen hängt also von der Lesbarkeit und auch der Vereinbarkeit mit den Vorstellungen der politischen Gesellschaft ab. So wie die politische Gesellschaft die Praxis der politischen Partizipation beständig mit den Parametern ihrer »gesellschaftlichen Imagination« abgleicht, so wird es den Institutionen und den politischen Akteurinnen und Akteuren darauf ankommen, kontinuierlich die Kompatibilität ihres Handelns mit den Vorstellungen der politischen Gesellschaft zu verdeutlichen.

Also gilt: »Jede Macht muss inszeniert werden« (Rosanvallon 2017: 214). Denn das politische System muss inszeniert werden, um seinem Machtanspruch Sichtbarkeit und fühlbare Gestalt zu verleihen. »(Letztlich erreicht) jede politische Macht [...] Unterwerfung [...] auf dem Weg der Theatralität« (Balandier 1980, zit.n. Rosanvallon 2017: 214); sie ist dabei freilich Schauspieler und Publikum, insofern sie ja auch selber an der Selbstdarstellung ihrer selbst teilnimmt. Sie realisiert im besten Fall die eigene Imagination »guter Partizipation«.

Doch die Rede von der Theatralität und die Feststellung einer grundsätzlichen »theatralischen Dimension« (Rosanvallon 2017: 281) des Politischen darf deshalb nicht pejorativ verstanden werden. Denn alle Gesellschaften greifen auf Inszenierungen, Ritualisierungen und die damit verbundenen – teils durchaus metaphysischen – Mystifikationen zurück (Stollberg-Rilinger 2008; Rütger 2008). Diese sind selbstverständlicher Bestandteil unserer Gegenwartsgesellschaften; sie zeigen den »hybriden Charakter der Moderne« und ihres Vernunftglaubens (Latour 2008). Solange Menschen politisch handeln, werden Alltagsmythen, Inszenierungen und Rituale Teil dieser alltäglichen Praxis. Sie sind Teil der politischen Kultur und keine Politik kommt ohne Rückgriff auf metaphysische Vorverständnisse und symbolische Formen aus. Der Legitimitätsglauben der Menschen an die jeweilige politische Herrschaft (Weber 1922) gründet als »soziale Ordnung [...] auf regulativen Fiktionen«, auf Bildern und Vorstellungen (Koschorke 2002: 77). Das gilt selbstverständlich auch für alle Formen der Repräsentativität – von der absolutistischen Monarchie, die ihrer Epoche als repräsentativ galt, bis hin zur Demokratie: Ihre

jeweilige institutionelle Form muss von den Menschen »geglaubt«, dass heißt als glaubhaft, als effektiv und als angemessen imaginiert werden (Weber 1922).

Alle Formen der Partizipation sind wie jede Form politischen Handelns auf gesellschaftliche »Anerkennungsdynamiken« angewiesen, wie sie schon Max Weber beispielhaft mit seinen »Formen legitimer Herrschaft« beschrieben hat. Damit unterliegen aber alle politischen Systeme auch entsprechenden »Aberkennungszyklen« (Koschorke 2002: 77). An dieser Grenze zwischen politischer Theorie und gesellschaftspolitischer Realität wird deshalb immer wieder die Unabhängigkeit des Wirklichen von der Vernünftigkeit deutlich und zugleich die Abhängigkeit der Wirklichkeit der Partizipation von der gesellschaftlichen Imagination und der politischen Kultur. Die Theoriedebatte hat dies bislang jedoch eher verdunkelt.

Nicht ausgeschlossen ist also, dass sich das gesellschaftlich Imaginäre und die reale Praxis der Partizipation und Repräsentation auseinander entwickeln und voneinander entfremden. Die Gesellschaften erkennen sich dann in der partizipativen Praxis nicht mehr wieder. Im Zuge solcher »Aberkennungszyklen« kommt es zur politischen Legitimationskrise der Institutionen, zum Verlust der Reputation der politischen Eliten und zum Schwund der politischen Identifikation der politischen Gesellschaft mit den partizipativen Institutionen. Das aber ist der Befund der politischen Gegenwart in Deutschland. Es ist zugleich der Hintergrund der aufgeregten Debatte um Politische Kultur, Repräsentation und Partizipation in der Politikwissenschaft.

Politischkulturelle Zyklen der Partizipation 1808 – 1849 – 1919 – 1945 – 1975 – 1989 – 2000

Die politische Kultur der Partizipation lässt sich natürlich bereits in den Formen der klassischen Vorbilder Athens und Roms aufzeigen. Sie lässt sich in unterschiedlicher Form auch in der Politik der mittelalterlichen Stände und der städtischen Zünfte finden (Stollberg-Rilinger 2008; Rüther 2008). Mit der Herausbildung moderner Gesellschaften in Deutschland und mit der politisch-kulturellen Adaption der Herausforderungen, die sich gesellschaftlich aus der Revolution in Frankreich und der (vorübergehenden) Dominanz Napoleons in Europa ergab, wurde freilich noch einmal ein ganz neues Kapitel politischer Repräsentation aufgeschlagen. Eines, in dem die Sichtbarkeit der Politik als Herrschaft und ihre noch deutlichere Wahrnehmung als übertragene und mandatierte Ausübung politischer Herrschaft eine verstärkte Rolle spielen. Die selbstbewusster werdenden Klientele fordern eine kulturell adaptiertere Form der Repräsentation, dass heißt eine ihnen selbst mehr (im Wortsinne) an-ge-messene, eine sie selbst mehr berücksichtigende und ihnen abgesehene Form der Repräsentation ein.

1808: Die Preußische Städteordnung

Zwar wird der unmittelbare politische Kontext der Französischen Revolution in der historisch-akademischen Forschung bisweilen in Frage gestellt, doch angesichts des militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs steht es außer Frage, dass die preußische Reformpolitik, die sich darauf richtete, eine neue »Verbindung von Administration und Nation« zu stiften, als eine politisch-kulturelle Reaktion auf die politischen Umbrüche in Frankreich und die Forderung der Aufklärung zu verstehen ist (vgl. Cancik 2007). Die Reformpolitik, die darauf zielte, »eine innigere Teilnahme der Nation an der Administration« zu gestalten, um das »Missverstehen« und den »Widerwillen« gegenüber den Verwaltungsabsichten einzugrenzen (Altenstein 1808, zit.n. Cancik 2007: 2f.), liest sich kulturell als eine zeitgenössische Debatte um Politikverdrossenheit und Bürgerbeteiligung.

Wenn Karl August von Hardenberg seine – mit Freiherr vom und zum Stein entwickelten – Reformen als die »demokratischen Grundsätze in einer monarchischen Regierung« entwickelt, wird deren grundlegender Charakter und ihre über die bloße »Partizipation« der Bürger in der preußischen Gemeindeordnung kulturell hinausweisende Perspektive deutlich. Die Annahme, dass sich in den punktuellen Reformschritten eine kulturelle Neuausrichtung des politischen Systems und eine Reaktion auf einen fundamentalen Mentalitätswandel der Bürgerschaft verstehen lässt, liegt auf der Hand (Koselleck 1967: 259ff.).

Anders als in Frankreich blieb die Partizipation zwar noch als »Ehrenamt« organisiert, doch die mit ihr beabsichtigte »Amalgamisierung von Repräsentanten mit den Verwaltungsbehörden« war die Reaktion auf eine kulturelle Krise des politischen Systems (Hardenberg 1808, zit.n. Cancik 2007: 39). Sie sollte eine Diffusion der sich entwickelnden »Wissengesellschaft« mit der Risikokommunikation der öffentlichen Hand bewirken: eine Kommunikation in beiden Richtungen. So zeigte sich einerseits das Drängen der Öffentlichkeit auf Transparenz und auf Mitentscheidung bei der Verausgabung der (von ihr beigebrachten) öffentlichen Mittel; andererseits entwickelte sich aber auch das Bedürfnis der Verwaltung auf Teilhabe an dem zivilgesellschaftlichen Wissen und eine Vermehrung des »Wissens des Staates« (Stein 1807, zit.n. Cancik 2007: 43) bei der anstehenden Organisation der sich entwickelnden Industrialisierung. Insgesamt werde »das öffentliche Zutrauen und die Opinion [...] mehr gewonnen und dadurch wird jedes Geschäft erleichtert« (Hardenberg 1807, zit.n. Cancik 2007: 39). Oder wie die Preußische Städteordnung dies in ihrem § 169 formuliert:

»Die ganze Geschäftsführung in allen das Gemeinwesen betreffenden Angelegenheiten soll sich zwar zur Begründung der Einheit in dem Magistrat konzentrieren und von demselben geleitet werden. Der Bürgerschaft wird indessen zur lebendi-

gen Teilnahme an diesen Angelegenheiten die kräftigste Mitwirkung dabei zugestanden«.

Im Zuge dieser historischen Neugestaltung der Partizipationskultur ist also diese Reform der Preußischen Städteordnung von 1808 einer der wenigen – aber für unseren Zusammenhang entscheidenden – Schritte zur Schaffung einer »sichtbaren Institution« des neuen Paradigmas. Bei aller Staatsorientierung sollen doch bei allen Entscheidungen die Vorhaben transparent gemacht und die Meinung der Bürgerinnen und Bürger eingeholt werden.

1848: Die Preußische Nationalversammlung

Die Entfesselung der bürgerlichen Selbsttätigkeit und die Einbindung des bürgerlichen Bereicherungswillens in die politische Kultur und die Verwaltung der Städte durch die Preußische Städteordnung war das hauptsächliche Ziel der preußischen Reformanstrengungen gewesen. Es entsprach der sich herausbildenden politischen Kultur der Partizipation und der realen Angewiesenheiten der verschiedenen politischen Lager aufeinander. Zugleich war die neue Ordnung für alle Beteiligten in ihren teils demokratischen Ansprüchen und in ihrer Praxis ebenso modern wie ungewohnt.

Gleichzeitig entwickelte sich aber auf der Folie der städtischen Partizipation ein allgemeiner gesamtpreußischer Anspruch der Bürger auf Beteiligung am Gemeinwesen (Koselleck 1967: 560ff.). Der Pfad wies deutlich in Richtung auf Gewaltenteilung und Konstitutionalisierung. Der wichtigste Treiber dieser mentalen und kulturellen Dynamik war natürlich das sich herausbildende Primat des Ökonomischen. Der autoritäre Verwaltungsstaat »erlag gleichsam seiner eigenen Schöpfung: der modernen bürgerlichen Gesellschaft« (ebd.: 587). Die rasante Industrialisierung, deren infrastruktureller Erneuerungsbedarf, die finanziell klamme monarchische Staatsverwaltung und das selbstbewusste »enrichissez-vous« des bürgerlichen juste milieu gingen miteinander ein Bündnis ein, das in der Dreiklassen-Partizipation der Preußischen Verfassung von 1848 mündete.

Wie in allen Zyklen der Partizipationskultur werden auch in dieser, von Friedrich Wilhelm IV. oktroyierten Verfassung strategisch-hinhaltend Zugeständnisse mit Versuchen des monarchischen Machterhaltes verbunden. Die Reservierung der Exekutive und der Ministerverantwortlichkeit, die Teilhabe an der Gesetzesinitiative und das Verkündigungsrecht der Gesetze beim König werden gewährt im Tausch gegen das (Dreiklassen-)Wahlrecht des gehobenen Bürgertums. Die politische Partizipation wird um das Wahlrecht erweitert, das die vorherige ständische Struktur ersetzt, aber zugleich auf die soziale Teilhabe der führenden Wirtschaftsbürger eingegrenzt. Der sich »unsichtbar« herausbildende Anspruch des Bürgertums auf Mitregentschaft, der sich bereits im Vormärz und in den Städten positiviert hatte,

manifestierte und materialisierte sich in der Verfassung von 1848 nun auf Ebene des Gesamtstaates. Die drei »Klassen«, nach denen der Zensus je nach Einkommen bzw. Steuerlast eingeteilt war, waren jeweils berechtigt, ein Drittel der Abgeordneten zu bestimmen; auf diese Weise bestimmten in der ersten »Klasse« ca. 4 Prozent, in der zweiten »Klasse« ca. 11 Prozent und in der dritten »Klasse« ca. 85 Prozent der Bürger die parlamentarische Partizipation. Im Ergebnis verfügten also ca. 15 Prozent der Wähler über annähernd 67 Prozent der Partizipationsmöglichkeiten.

1919: Die Republik

Mit der fortschreitenden Industrialisierung und der Vergrößerung der Arbeiterschaft wandelte sich notabene auch der institutionell »unsichtbare«, aber in den sozialen Kämpfen deutlich erkennbare Anspruch auf breitere politische Partizipation von Männern und Frauen in der Gesamtbevölkerung. In Preußen waren aber nicht nur der politisch-kulturelle Alltag und die Lage der Industriearbeiter politisch mangelhaft vertreten; auch die katholische Bevölkerung war in Parlamenten und Verwaltungen dramatisch benachteiligt. Auch der – mit 10 Prozent der Einwohner – große Anteil der polnischen Bevölkerung unterlag gravierenden Nachteilen (Hohorst et al. 1975).

Wie bereits in der Preußischen Städteordnung lösten sich die ständischen und bündischen Privilegien der politischen Ordnung unter dem kulturellen Druck der gesellschaftlichen Nivellierung und der Gleichbetroffenheit von Kriegsfolgen, politischem Missmanagement und Autoritarismus auf. Die gewachsene sozialstrukturelle Bedeutung, die sowohl die Arbeiter, aber auch das gebildete nicht-agrarische Bürgertum und auch die Frauen in der Gesellschaft einnahmen, bildete sich mit Beginn der Weimarer Republik deutlich in einem neuen Partizipationsmodus ab: So waren weniger die prinzipiellen diskursiven demokratischen Argumente, sondern vielmehr die kulturelle Gestaltungsbereitschaft und der soziale Durchsetzungswille der in ihren politischen Ambitionen behinderten Gruppen entscheidend für die Einführung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts (Gerhards/Rössel 2000). Es folgte dem Anspruch, die lebenspraktischen Anliegen von Männern und Frauen, Agrariern und Städtern, Protestanten und Katholiken, Polen und Deutsche in ihren unterschiedlichen kulturellen Orientierungen gleichmäßig zu berücksichtigen. Alle deprivilegierten Akteure klagten erfolgreich ihre kulturelle Selbstwirksamkeit in der neuen Republik ein.

1945: Professionalisierte Parteienherrschaft als Partizipationskultur

Es ist unter dem Gesichtspunkt der politischen Kultur äußerst interessant, dass die Parteien, die nach dem 2. Weltkrieg zu den hauptsächlichen Akteuren der Vertretung der politischen und lebensweltlichen Orientierungen der Menschen wurden,

auf kaum einschlägige Traditionen hierfür und auf keinerlei grundsätzliche Reflexion über ihre Rolle und Aufgabe zurückgreifen konnten (Landshut 1959; Greven 1977; Alemann 1995; 2003). Ihre neue Rolle als umfassende kulturelle Gesamtvertretung ihrer Klientele fanden sie in einer längeren Formierungsphase, in der sie sich zu einem differenzierten Kartell verdichteten (Alemann 2003).

Politisch unterwarfen sich die soziokulturellen Lager diesem Vertretungsoligopol und überantworteten ihm die Vertretung in allen Lebenslagen. Konzeptionell entwickelte sich dies im Rahmen des »Standardmodells« parlamentarischer »Repräsentation«, in dem die parteigebundenen Abgeordneten anstelle und im Namen ihrer Wähler unabhängig handeln (»Standing for« und »Acting for«; Pitkin 1967; Lietzmann 2016). Aus dieser Fremdermächtigung, die an die obrigkeitsstaatlichen und autoritativen Traditionen der deutschen Politik vor 1945 und auch vor 1933 schlüssig anschloss, entfaltete sich eine Professionalisierung der politischen Vertretung. Schlechte Erfahrungen und beredtes Schweigen im gesellschaftlichen politischen Engagement prägten die Entstehung dieses gesellschaftlich isolierten, obrigkeitsstaatlichen Parteiensystems. Mit dieser bedeutsamen Professionalisierung verband sich deshalb eine starre Trennung von politischen und privaten Arenen. Das Agreement zwischen einer Überantwortung der soziokulturellen Verantwortlichkeit durch die Bürgerinnen und Bürger und der Machtaneignung durch die sich professionalisierenden Parteiorganisationen sah sich dennoch über lange Jahre heftigen Angriffen von Seiten konservativer, verwaltungsorientierter Eliten gegen den sich etablierenden »Parteienstaat« ausgesetzt (Stolleis et al. 1986). Die strukturelle, »sichtbare« Institutionalisierung entfaltete sich im Rahmen auch dieser Debatte in der Rahmengesetzgebung durch das deutsche Parteiengesetz, das die Partizipationsvoraussetzungen einer – dann auch legitimen – Parteiendemokratie technokratisch eingrenzte; die wichtigen Festlegungen der Parteienfinanzierung wiederum – die angesichts eines selbstinteressierten parteilichen Gesetzgebers immer umstritten waren – strukturierte das Bundesverfassungsgericht in dramatischen Urteilen.

Weniger also der 1848 und 1919 durchgreifende Wille zur Beteiligung prägte diesen Partizipationszyklus als vielmehr der Wunsch nach einem gewissen Rückzug aus der politischen Verantwortung, Verantwortungstransfer sowie die Bereitschaft, sich einer Professionalisierung des politischen »Geschäftsverkehrs« auszusetzen. Als eine Konsequenz aus der Eigenerfahrung einer grandios gescheiterten politischen Emphase im Nationalsozialismus und aus der Konzentration auf den privaten Neustart mag diese »Geschäftsübertragung« auf Parteien nachgerade verständlich sein.

1975: Neokorporatismus als Partizipationskultur

Die Diskussion über »Parteiherrschaft« und den »Parteienstaat« in den 1950er Jahren hatte in den 1970er Jahren ihren Wiedergänger in der Angst vor einem »Verbändestaat«. Denn zunehmend agierten die wichtigsten Berufsverbände und Lobbygruppen als institutionelle Teilhaben an der politischen Partizipation. Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Kirchen und Sozialverbände nahmen in politischen Verteilungs- und Organisationsfragen entscheidend an den partizipativen Prozessen teil. Und die politische Kultur löst sich zunehmend von den (Volks-)Parteien und wendet sich in der verschärften ökonomischen Krise mit einem hohen verbandlichen Organisationsgrad einer unmittelbareren Interessenvertretung zu. Die Verbände des Neokorporatismus rücken an die Stelle der Parteien und versinnbildlichen – wie Otwin Massing das früh umreißt – die neuen »Vorstellungssyndrome der eigenen politischen Kultur« (Massing 1965: 271), die sich in der Gesellschaft breit machen. Sie sind Kern einer neuerlichen Schleife der Partizipationskultur.

Die Partizipation, die sich von ständischer zu besitzbürgerlicher Vertretung und von besitz- auf gesamtbürgerliches Wahlrecht verbreitert hatte, sie erweitert nun ihre allgemeinpolitische Professionalisierung um einen sozial spezifischen und sozialkulturell segmentierten, politikfeldspezifischen Professionalisierungsschub. Die Verbände mit ihrer segmentierten Professionalisierung »überspielen« (Stolleis et al. 1986: 20) die Parteien und treten als neue Stellvertreter der Gesellschaft auf. Die damit verbundenen Ängste und Strukturierungsbedürfnisse kristallisieren sich – wie bei der Debatte um den »Parteienstaat« – in dem Versuch zu einem neuen »Verbändegesetz«: dieses Mal allerdings erfolglos (Alemann/Heinze 1981). Die »Soziokultur«, also die sozialen Akteurinnen und Akteure in ihrer politisch-kulturellen Prägung, sind weiterhin bereit, die eigenen Interessen in die Hände politischer Stellvertreter zu legen; sie bestehen allerdings auf höherer Prägnanz in der Stellvertretung und größere Zielgenauigkeit. Das Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit wird heftiger; es entschließt sich freilich noch nicht dazu, auch tatsächlich eigenständig aktiv zu werden.

1989: Direktdemokratische Selbstwirksamkeit

Die 1980er Jahre sind in West- und prominent in Ostdeutschland durch eine Radikalisierung der Selbstorganisation der Partizipation geprägt. NGOs und Bürgerinitiativen und der Ruf nach Referenden und direktdemokratischen Abstimmungen bestimmen die politische Kultur des gesamten deutschsprachigen (und auch des europäischen) Raums (Lietzmann 2000).

Die Anti-Atomkraft-Bewegung und die Frauenbewegung, bürgerinitiierte Mobilisierung quer durch alle Bevölkerungsschichten und kulminierend in der breiten, vielgesichtigen »Wir sind das Volk!«-Bewegung in den ostdeutschen Regio-

nen und Städten wenden sich von der traditionellen Stellvertretung durch Stände, Parteien, Verbände und selbst- wie fremdernannten Führern ab. Verblüffender Weise ist diese Entwicklung sowohl in West-, als in Ostdeutschland – wenn auch in gänzlich unterschiedlichen Orchestrirungen – sozial als ein überraschendes, in seiner Spezifik bislang kaum thematisiertes Parallelgeschehen, als eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen zu erleben. »Subpolitik« (Beck), »Schattenpolitik« (Alemann), »Kampagnenpolitik« (Leggewie, Greven) lauten die Zuschreibungen der professionellen Beobachter im Westen. Diese informellen, »unsichtbaren« Institutionen treten in die Öffentlichkeit und finden keine traditionelle begriffliche Zuordnung. Dabei etablieren sie sich als ganz gegenwärtige, ur-politische Partizipationsmodelle. Sie treten aus der soziokulturellen Fremdheit der vergangenen Epochen in die Sphäre der sichtbaren Institutionen; tatsächlich sind sie die neue Form gesellschaftlich kultureller Partizipation und sie sind wirkmächtig – bis hin zum Zusammenbruch des ostdeutschen Institutionensystems. Ein Merkmal dieses partizipatorischen »Aufbruchs« ist freilich, dass sich die politischen Forderungen als »Interessensbekundungen« nach wie vor an die politischen Vertreter als ausführende Akteurinnen und Akteure richtet; kaum einmal tritt in diesen Bewegungen der Ruf nach innerbürgerschaftlichem Dialog oder nach bürgerschaftlich selbstverwalteten Arealen auf den Plan. Selbstverwaltung bezieht sich zumeist auf die Organisation der Privatheit: z.B. selbstverwaltete Betriebe, Werkstätten oder Kindergärten.

Zugleich mit der bürgerinitiierten Selbstwirksamkeit entwickeln sich in allen Bundesländern, Gemeinden und auch den Parteien und Verbänden die Bewegungen und auch die erfolgreichen Kodifizierungen direktdemokratischer Verfahren. Mit bis heute anhaltender, kontinuierlich ansteigender Unterstützung werden die rechtlichen Institutionen in Ländern und Gemeinden (und auch in der Europäischen Union) durch neue – zum Teil noch informelle – Formate und Performanzen unmittelbarer Bürgerbeteiligung, Bürgerintervention und bürgerschaftliche Entscheidungsverfahren ergänzt (Lietzmann 2011b).

2000: Dialogische Verfahren als politischkulturelle Praxis

Wenn wir dieses Wissen nun auf die neuesten Entwicklungen der politischen Gesellschaft in Deutschland (und auch Europa) übertragen, so lässt sich leicht ein kultureller Wandel konstatieren. Die gesellschaftliche Praxis der Politik und der politischen Beteiligung an der Demokratie ist in Distanz zu den etablierten Formen der repräsentativen Demokratie gegangen und sucht nach neuen Wegen. Auch diese ruhen auf der Basis eines stabilen Demokratieverständnisses und sie verkörpern eine Form der Partizipationskultur. Diese neuen Ausdrucksformen erweitern und verändern allerdings das traditionelle Standard-Modell der repräsentativen Demokratie, das nach wie vor in der politischen Theorie und auch in den Vor-

stellungen eines Großteils der politischen Eliten vorherrscht. Sie fordern dieses Standard-Modell gesellschaftlich heraus, da sie seine Legitimation in Frage stellen und eine grundlegende Erweiterung verlangen (Lietzmann 2011b; Sippel 2015). Die gesellschaftlichen Ansprüche an politische Mitsprache haben sich mit dem zunehmenden Bildungsstand der Bürgerinnen und Bürger erheblich verändert.

So wie den Menschen in allen anderen Lebenslagen ihres Alltags abverlangt und zugemutet wird, dass sie sich weitgehend in Eigeninitiative um die Besorgung ihrer Interessen kümmern, so fordern sie dies nun auch in Fragen der Politik ein: Denn wenn sich das bürgerliche und gesellschaftliche, also das subjektive wie das allgemeine Selbstbild, immer weiter dem eines »unternehmerischen Selbst« (Bröckling) annähert, ist es weder der Sache nach noch auch nur symbolisch erträglich, dass »in politics« die politischen Akteurinnen und Akteure als vormund-schaftlicher »Vater Staat« auftreten und die Gesellschaft in einen vorpubertären Zustand zurückdrängen wollen.

Sowohl die positiven Ergebnisse der ausgebildeten Wissensgesellschaft als auch die Informationsmöglichkeiten der verfügbaren Medien passen nicht länger in einen Arbeitsmodus politischer Entscheidungen, der den Menschen ihre dialogische und deliberative Beteiligung selbst dann vorenthält, wenn sie diese lautstark einfordern (Bächtiger et al. 2014; Bertelsmann 2014). Anders als das Standard-Modell der politischen Repräsentation berücksichtigen die dialogischen und deliberativen Institutionen, dass nicht länger von einer quasi-homogenen Staatlichkeit als politischem Akteur ausgegangen werden kann. Pluralität der Lebenszuschnitte und die Heterogenität ihrer Ausdrucksformen prägen den Alltag der politischen Gesellschaft. Zwar war auch früher bereits die politische Pluralität größer als sie sich in den politischen Institutionen ausdrückte. Im Gegensatz zu heutigen Auffassungen wurde sie allerdings homogener wahrgenommen; die Menschen ließen sich auf ein höheres Maß an Vereinheitlichung und Stellvertretung (durch Kirchen, Verbände, Parteien u.v.m.) ein. Diese Bindungen sind im Laufe der Zeit erodiert; sie prägen nicht mehr die Mentalitäten. Die politischen Gesellschaften der Gegenwart bestimmen eher mit einer ausgeprägt konflikthaften Gestalt und einem individuell-leidenschaftlichen Gestus die Debatten. Diese sind daher weit weniger als zuvor auf rationalen Konsens, Folgebereitschaft und Übereinstimmung als vielmehr auf Aushandlung, Kompensation und Koordination hin angelegt.

Wenn all dies zum Selbstbild der modernen Gesellschaften gehört, so sind die geschlossenen Container-Modelle der Repräsentation definitiv überholt. Es braucht dann neue Formen politischer Repräsentation, in denen gerade auch diese Vielfaltigkeit der Meinungen und Interpretationen sich darstellen und zur Mitsprache und Mitentscheidung kommen kann. So wie es bei der Parlamentarisierung der Regierungsbildung, bei der Herausbildung der Parteien und auch der Verbände um eine gesellschaftliche Pluralisierung der politischen Repräsentation

ging, so ist diese auch gegenwärtig in erweiterter Form erforderlich. Dialogische Institutionen erweisen sich als die geeigneten Formate und werden auch symbolisch in diesem Sinne verstanden.

Hinzu kommt der wichtige Faktor der Verantwortungsteilung auch bei Misserfolgen. Das (empirisch vorfindliche) Misstrauen in die Einflussmacht der gewählten Repräsentanten (Rosanvallon 2017) sowie die von diesen selbst empfundene Machtlosigkeit erfordern auch eine institutionelle Performance politischer Repräsentation, die anstelle von Führung und Deziision auf Kontingenzbewältigung und Risikoadäquanz umstellt. Diese Debatte ist in den Rechts- und Sozialwissenschaften weit fortgeschritten. In den politischen Debatten sind die Darstellungsprobleme der politischen Akteurinnen und Akteure allenthalben zu beobachten: Bei der Flüchtlingspolitik, bei der Energiepolitik, bei der Umwelt- und bei der Industriepolitik sind diese Dimensionen unmittelbar erkennbar. Aber auch im kommunalen Rahmen wird eine Vielzahl von Entscheidungen weit außerhalb der Reichweite der klassischen politischen Strukturen getroffen. Das ist längst in die Vorstellungen der Menschen eingeschrieben. Pseudo-vormundschaftliche und autoritative Attitüden wirken in diesem Zusammenhang deshalb politisch und kulturell völlig unangemessen. Politische »Groß-Kopferte« werden allenthalben als »Scheinriesen« entlarvt, die kleiner werden, je näher man ihnen kommt.

An dieser Stelle kommen nun die dialogischen und deliberativen Dynamiken ins Spiel. Ihr Sinn und ihr Mehrwert liegen in der Verflüssigung der Strategien. Die politischen Problemlagen der Gegenwart erfordern einen hybriden Modus der Steuerung aus Stabilität einerseits, aber auch aus Diskursivität und Flexibilität andererseits, insgesamt aus einer breiten Debatte der Entscheidungsmöglichkeiten und der risikobehaftet getroffenen Entscheidungen. Um die politische Gesellschaft in die Kontingenz der Entscheidungsverläufe einzubeziehen, braucht die Repräsentation eine flexible Vielfalt, einen multiplen, reaktionsfähigen »Misch-Masch« aus institutionellen Darstellungen. Es ist das paradoxe Ergebnis dieser Entwicklung, dass aus der Vielfalt der Wege die Stabilität und Solidität des Ergebnisses erwächst. Repräsentanz und Akzeptanz können politische Entscheidungen in dieser risikohaften Welt nur durch ausdrückliche und umfassende Entscheidungsbeteiligung der Betroffenen erzeugen; diese folgen strikt einem soziokulturellen Impuls nach Selbstwirksamkeit. So gilt in der politischen Gesellschaft derzeit der Grundsatz: »Own the process, own the result« (Shapiro 2002: 198). Nur durch Mitentscheidung entstehen in der politischen Gesellschaft erwartete und geforderte politische Verantwortungsteilung und die kulturelle Akzeptanz für die in der Kontingenz der Gegenwart (zwangsläufig auch) eintretenden Misserfolge.

Literatur

- Albert, Matthias et al. 2015: Ders./Hurrelmann, Martin/Quenzel, Gudrun und TNS Infratest. Jugend 2015: 17. Shell Jugendstudie. www.shell.de/about-shell/our-commitment/shell-youthstudy-2015.html. Zugegriffen: 15. Oktober 2015.
- Alemann, Ulrich von 1995: Parteien. Reinbek: Rowohlt.
- Alemann, Ulrich von 2003: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. (3. Aufl.). Opladen: Leske+Budrich.
- Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G. 1981: Verbände und Staat: Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Alemann, Ulrich von/Rauh, Joachim/Klewes, Christina 2011: Die Bürger sollen es richten. Aus Politik und Zeitgeschehen 61 (44-45): S. 25-32.
- Bächtiger, André/Setälä, Maija/Grönlund, Kimmo 2014: Towards a New Era of Deliberative Mini-Publics. In: Ders./Kimmo Grönlund/Maija Setälä, Deliberative Mini-Publics. Involving citizens in the democratic process Colchester: ECPR, S. 225-247.
- Bertelsmann Stiftung 2014. Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bleek, Wilhelm 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München: Beck.
- Cancik, Pascal 2007: Verwaltung und Öffentlichkeit in Preussen. Kommunikation durch Publikation und Beteiligungsverfahren im Recht der Reformzeit. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Castoriadis, Cornelius 1975: *L'institution imaginaire de la société*. Paris [Zit. n. d. dt. Ausgabe: Gesellschaft als imaginäre Institution. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1984].
- Castoriadis, Cornelius 1984: Gesellschaft als imaginäre Institution/. Frankfurt: Suhrkamp 1984./[franz.: *L'institution imaginaire de la société*./Paris: Gallimard 1975.]
- Gerhards, Jürgen/Rössel, Jörg 2000: Akteure, Interessen und Deutungsmuster im politischen Diskurs: Eine Analyse der Debatte über das gleiche Wahlrecht in Preußen (1890-1918). In: *Sociologica Internationalis* Bd. 38, H. 2, S. 181-218.
- Göhler, Gerhard, 2016: Symbolische Repräsentation aus deutscher und französischer Sicht. In: Paula Diehl/Felix Steilen (Hg.), Politische Repräsentation und das Symbolische, Historische, politische und soziologische Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS. S. 23-50.
- Greven, Michael Th. 1977: Parteien und politische Herrschaft. Meisenheim a.G.: Hain, Anton.
- Greven, Michael Th. 1999: Die politische Gesellschaft. Opladen: Leske+Budrich.

- Grunberg, Gérard 2011: Des sciences politiques à la science politique. Le rôle de Sciences Po dans développement de la science politique en France. In: *Le science politique. Modelli Contemporanei* Vittor Ivo Comparato/Regina Lupi/Giorgio E. Montanari. Milano, FrancoAngeli, 2011. S. 33-46
- Hildebrand, Mathias 2001: Politik aus der Erfahrung des Totalitarismus: Cornelius Castoriadis, Claude Lefort und Marcel Gauchet. In Hans J. Lietzmann (Hg.), *Moderne Politik*, Opladen: Leske+Budrich S. 311-330.
- Hohorst, Gerd et al. 1975: In: Gerd Hohorst/Jürgen Kocka/Gerhard A. Ritter, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914*. München: Beck.
- Jobard, Fabien/Laborier, Pascale 2002: Editorial. In: *Sciences politiques allemandes. Politix*, Vol. 15, H. 59, Paris: Hermes-Sciences. S. 9-14.
- Koschorke, Albrecht 2002: Macht und Fiktion. In: Ders./Thomas Frank/Susanne Lüdemann/Ethel Matala de Maza, *Des Kaisers neue Kleider, Über das Imaginäre politischer Herrschaft*, Frankfurt a.M.: Fischer. S. 73-84.
- Koselleck, Reinhart 1967: *Preußen zwischen Reform und Revolution*. Stuttgart: Ernst Klett [zit. n. d. Ausgabe 3. Auflage, 1981].
- Landshut, Siegfried 1959: Vorwort zu Maurice Duverger, *Die politischen Parteien*. Tübingen: Mohr (Siebeck), S. VII-VIII.
- Latour, Bruno 2014: Sollten wir nicht mal über Politik reden?. In: *Trivium*, Heft 16.
- Lietzmann, Hans J. 1996: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hans J. Lietzmann/Wilhelm Bleek, *Politikwissenschaft Geschichte und Entwicklung in Deutschland und Europa*, München: Oldenbourg, S. 38-76.
- Lietzmann, Hans J. 2000: »Greenpeace« als politischer Akteur. Eine neue Generation der Interessenvertretung betritt die politische Bühne. In: Ulrich Willems/Thomas von Winter (Hg.), *Politische Repräsentation schwacher Interessen*, Opladen: Leske+Budrich, S. 261-285.
- Lietzmann, Hans J. 2002: La retour de la science politique allemande. Une continuité paradoxale dans la période de l'après guerre. In: *Politix. Revue des Sciences Sociales du Politique*. Paris: Hermes-Science. Vol. 15, H. 59, S. 15-33.
- Lietzmann, Hans J. 2011a: German Political Science. Traditions and genealogical steps. In: Vittor Ivo Comparato/Regina Lupi/Giorgio E. Montanari, *Le science politique. Modelli Contemporanei*. Milano: FrancoAngeli. S. 59-71.
- Lietzmann, Hans J. 2011b: Auf zum nächsten Level! Bürgerbeteiligung im Wandel der Zeit. In: »Bürgerbeteiligung 3.0. Vom Volksbegehren zur Occupy-Bewegung«. *Politische Ökologie*. 29.Jg., 1, Heft 127, S. 28ff.
- Lietzmann, Hans J. 2012: Kontingenz der Repräsentation: Bürgerbeteiligung. In: Olaf Asbach/Rieke Schäfer/Veit Selk/Alexander Weiß (Hg.), *Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS. S. 165-188.
- Lietzmann, Hans J. 2016: Die Demokratisierung der Repräsentation. Dialogische Politik als neue Form der repräsentativen Demokratie. In: Manuela Glaab (Hg.),

- Politik mit Bürgern – Politik für Bürger, Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur, Wiesbaden: Springer VS, S. 41-59.
- Lietzmann, Hans J. 2018: Citizenship, Democracy and the Iconology of Politics: A Plea for an Iconological Turn in democratic Theory. In: A. Björk/Claudia Wiesner/Hanna-Mari Kivistö/Katja Mäkinen (Ed.), *Shaping Citizenship, A Political Concept in Theory, Debate, and Practice*, New York/London: Routledge, S. 55-70.
- Massing, Otwin 1965: Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses, Aspekte politischer Soziologie. In: Gisela Kress/Dieter Senghaas, *Politikwissenschaft*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Nassehi, Armin 2002: Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen. In: Kai- Uwe Hellmann/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), *Theorie der Politik, Niklas Luhmanns politische Soziologie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp. S. 38-59.
- Nucci, Loreto Di 2011: Le facoltà di Scienze politiche in Italia. In: V. I. Comparato/R. Lupi/G. E. Montanari (Hg.), *Le scienze politiche, Modelli Contemporanei (Political Sciences, Contemporary Models)* Perugia: FrancoAngeli. S. 71-84.
- Palonen, Kari 1998: Das »Webersche Moment«: Zur Kontingenz des Politischen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pitkin, Hannah Fenichel 1967: *The Concept of Representation*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Preußische Städteordnung 1808: Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie mit dazu gehöriger Instruktion, Behuf der Geschäftsführung der Stadtverordneten bei ihren ordnungsgemäßen Versammlungen. Vom 19. November 1808, PrGS 1808, S. 324ff.
- Rohe, Karl 1987: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung. In: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahreshefte/Sonderband Vol. 18*, S. 39-48.
- Rohe, Karl 1990: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. In: *Historische Zeitschrift*, Band 250, Heft 1, S. 321-346.
- Rosanvallon, Pierre 2017: *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*. Hamburg: Hamburger Edition (Franz. Le Seuil: Paris 2006/2014).
- Roselle, Laura et al.t. 2014: »Strategic narrative: A new means to understand soft power«. In: Dies./Alister Miskimmon/Ben O'Loughlin, *Media, War & Conflict*, Vol. 7, No. 1, S. 70-84.
- Rüther, Stephanie 2008: Rituale der Ratswahl in der vormodernen Stadt. In: Dies./Matthias Puhle/Jutta Götzmann/Gerd Althoff, *Spektakel der Macht, Rituale im Alten Europa 800-1800*, Darmstadt: Primus. S. 33-37.

- Shapiro, Ian, 2002: Optimal Deliberation. In *Journal of political Philosophy*. 10 (2): S. 196-211.
- Sippel, Hanns-Jörg 2015: Auf dem Weg zu einer (neuen) Kultur der Bürgerbeteiligung. In: Ders. (Hg.), *Kursbuch Bürgerbeteiligung*, Berlin, Dt. Umweltstiftung. S. 22-47.
- Stein, Rokkan 1961: Mass Suffrage, Secret Voting, and Political Participation. In: *Europäisches Archiv für Soziologie* 2, S. 132-152.
- Stein, Rokkan 2000: Staat, Nation und Demokratie in Europa. In: Peter Flora (Hg), Frankfurt a.M.
- Stollberg-Rilinger, Barbara 2008: Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache im alten Reich. München: Beck.
- Stolleis, Michael/Schäffer, Heinz/Rhinow, René A./Lange, Klaus/Breuer, Rüdiger 1986: Parteienstaatlichkeit: Krisensymptome des demokratischen Verfassungsstaats? VVDStrL 44, Berlin: De Gruyter.
- Vormweg, Christoph 2018: »Wenn ich schreibe, sage ich alles«. Ernaux, Annie/Louis, Édouard/Eribon Didier. In: Frankreichs Schriftsteller mit Soziologenbrille. Deutschlandfunk Kultur. 07.01.2018. www.deutschlandfunkkultur.de/Schriftsteller-mit-soziologenbrille-wenn-ich-schreibe-sage.974.de.html?dram:article_id=407714.
- Voegelin, Eric 1952: *The New Science of Politics. An Introduction*. (zgl. Walgreen Lectures/University of Chicago 1951: *Truth and Representation*) Chicago. [Zit. n. d. dt. Ausgabe: *Die neue Wissenschaft von der Politik*. München: Anton Pustet 1959].
- Weber, Max 1922: *Wirtschaft und Gesellschaft*. (zit. i. d. F. Tübingen: J.C.B. Mohr. 1980)

Online

- Infratest-Dimap. 2013. Bürger und Parlamente – Bürger gegen Parlamente. www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Parlamentarismus_1302.pdf. Zugriffen: 15. Oktober 2015.